



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/83

14. Juli 1948

## Unverständliche Reaktion

=====

sp. Es liegen eine Reihe von Anzeichen dafür vor, daß die deutschen Gegenvorschläge zu den drei Dokumenten der Militärgouverneure - westdeutsche Neuordnung, Ländergrenzen und Besatzungsstatut - auf westlicher Seite und hier insbesondere bei den Amerikanern und Franzosen eine unfreundliche Reaktion hervorgerufen haben.

Das kommt sowohl in sehr plötzlich unternommenen Informationsreisen politischer Beamter der Militärregierung, wie in Artikeln und Zeitungen zum Ausdruck, die mit besonderem Nachdruck auf ihre Unabhängigkeit hinzuweisen pflegen. Erik Reger z.B. hat im "Tagesspiegel" eine Stellungnahme veröffentlicht, die dem amerikanischen Bedürfnis, von deutscher Seite zustimmend interpretiert zu werden, in einer Weise Rechnung trägt, die seinen politischen Gönnern wohl selbst etwas peinlich sein dürfte. Dabei wird von diesen kritischen Stimmen geflissentlich ein Umstand übersehen, auf den man bisher gerade in diesen Kreise nicht genug Wert legen konnte - die Einheitlichkeit des Votums. Sie ist natürlich gerade aus dem gegebenen Anlaß eine Sache von erheblichem Gewicht und sie kann deshalb schlechterdings nicht übersehen werden. Da auch die Zustimmung der beiden größten Parteien, repräsentiert durch ihre gegenwärtigen Chefs, zu den Vorschlägen der Länderministerpräsidenten vorliegt, kann kein vernünftiger Mensch die Legitimation dieser Vorschläge bezweifeln.

Schon die erste Reaktion ließ erkennen, auf welchen Gleisen die Kritik erfolgen wird. Ein Einwand ist z.B. der oft gehörte von der angeblichen Scheu vor der Verantwortung, wobei wieder einmal verwechselt wird, daß die deutschen Stellen durchaus zur Übernahme jeder Verantwortung bereit sind, die ihnen zugestanden wird, aber nicht zur Übernahme von Scheinverantwortlichkeiten. Ebenso irrig ist der Einwand, die deutsche Vertreter könnten durch den nachdrücklichen Hinweis auf den provisorischen Charakter der westdeutschen Regelung noch immer ein gewisses Schielen nach dem Osten nicht unterlassen. Das ist angesichts der von der deutschen Bevölkerung in Berlin und auch in ganz Westdeutschland gezeigten Haltung einfach widerstreimig.

Es würde nach unserer Auffassung vernünftig gehandelt sein, wenn man auf den Sachverhalt der einmütigen deutschen Stellungnahme nicht mit Verärgerung, sondern mit einem positiven Bescheid antwortet. Mit keinem Wort ist von deutscher Seite gesagt worden - und das wäre auch völlig unangebracht - daß nicht auch die eigenen Vorschläge Gegenstand weiterer Verhandlungen sein könnten. Aber gerade angesichts der gegenwärtigen ungeheuren internationalen Spannung wäre es gut, zweitrangige Meinungsverschiedenheiten zwischen Ländern und Körperschaften, die in diesem grossen Gegensatz auf einer Seite stehen, zurücktreten zu lassen und den Deutschen das Gefühl zu geben, daß sie sich in einer wesentlichen Frage einig sind. - - - - -

### Internationale Stellungnahme der SFIO

Von unserem Pariser Korrespondenten Alfred Frisch

Die aussenpolitische Diskussion war auf dem diesjährigen Parteitag der Sozialisten Frankreichs in Paris auf nur wenige Stunden beschränkt. Man sollte aber daraus nicht schliessen, dass die Partei die Aussenpolitik etwa unterschätzt. Der weltpolitische Hintergrund aller rein französischen Fragen war sämtlichen Delegierten stets bewusst. Die Aussprache konnte verhältnismässig kurz sein, weil sich alle Tendenzen der Partei über diesen Punkt einig sind.

Der Parteitag hat sich kaum mit der Deutschen Frage befasst, was an sich bedauerlich ist; denn ausschliesslich der Beratung der Nationalversammlung über die Londoner Beschlüsse war die Haltung der sozialistischen Abgeordneten Deutschland gegenüber mehr als reserviert. Sie standen zweifellos unter dem Einfluss der nationalistischen Demagogie der Kommunisten. Auch die jüngsten Reden des Staatspräsidenten Auriol waren nicht gerade ermutigend, da er erneut das gesamte Deutsche Problem aus Begriffen Sicherheit und Reparationen unterordnete und damit wohl zu sehr in der Vergangenheit stecken geblieben ist. Allein Léon Blum und Oreste Rosenfeld hatten den Mut, eine realistische, zukunftsbezogene Politik zu vertreten.

Die beiden aussenpolitischen Hauptredner, Léon Bourthien und André Philip, haben das Deutsche Problem kaum erwähnt. Die Schlussresolution spricht sich jedoch erfreulicherweise gegen jeden äusseren Druck aus, um Deutschland eine bestimmte, politische Struktur aufzuzwingen. Die Partei ist der Ansicht, dass die deutsch-französische Frage nur durch die Eingliederung der deutschen Wirtschaft in die neue, europäische Gemeinschaft eine zufriedenstellende Lösung finden kann. Die Entschliessung fügt aber hinzu, dass die Kontrolle der Ruhrindustrie erst dann wirkungsvoll sein könne, wenn sie die Form einer internationalen Verwaltung annähme.

Zwei wesentliche Punkte standen im Vordergrund des Interesses: das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten und die europäische Einheit. Die Marshallhilfe wurde einstimmig gebilligt, aber unter der betonten Voraussetzung, dass "sie das demokratische Recht der europäischen Völker behaltet, ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik nach freier Wahl zu bekämpfen". Wie sehr der Partei an der Wahrung dieses Rechtes gelegen ist, wurde durch den starken Beifall offenbar, als der Vertreter der gewöhnlichen Arbeiterpartei, Harold Laski, in seiner Begrüssungsansprache erklärte, weder Grossbritannien, noch Frankreich wollten eine amerikanische Provinz werden.

Die sozialistische Partei Frankreichs ist entschlossen, sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Kräften für die Verwirklichung eines geeinigten Westeuropas einzusetzen. Sie sieht darin sowohl ihre wichtigste

und zyklopischste Aufgabe als auch die beste Lösung für eine Reihe innerfranzösischer Schwierigkeiten. Die Schlussentschliessung des Parteitages nimmt in folgenden Sätzen hierzu Stellung: "Die wirtschaftliche Einigung Europas kann nicht allein durch die Abschaffung der Zollgrenzen verwirklicht werden. Sie setzt die Vereinheitlichung der Gesetzgebung voraus, die gemeinsame Organisation der Erzeugung, die Planung von Ein- und Ausfuhr, die Internationalisierung der Schlüsselindustrien, d.h. sie hat die Notwendigkeit einer politischen Einigung mit der Errichtung eines internationalen Organismus zur Folge."

Einige Redner forderten die Schaffung einer internationalen "Dritten Kraft", unabhängig von den rivalisierenden Grossmächten Amerika und Sowjetrußland. Die Mehrheit der Partei scheint jedoch davon überzeugt zu sein, dass bei den heutigen Verhältnissen an eine europäische Neutralität zwischen Ost und West kaum noch zu denken ist. Die Würde die realistische Forderung André Philips gebilligt haben, worauf die Regierungen Westeuropas organisieren sollen, da sich die Russen abseits halten, um dann die grössten Anstrengungen zu machen für den Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen Ost und West.

- - - - -  
Offene Worte aus Italien

E. A. M., Verona

In einem sehr bemerkenswerten Leitartikel setzt sich der "Corriere della Sera", das meistgelesene Blatt Italiens, mit dem deutschen Problem auseinander. Ohne Rücksicht auf irgendeine Besatzungsmacht wird das Potsdamer Abkommen das schlechteste Diktat genannt, das je eine Siegerkoalition dem Besiegten auferlegt hat. Dagegenüber wird der Versailler Vertrag als ein "Monument der Weisheit und der Vernunft" genannt, "so verkehrterisch und unrecht er war."

"Paradox sei das Eintreten Russlands für die Einheit Deutschlands. Nachdem Russland deutsche Gebiete selbst sich einverleibt und andere an Polen eigenmächtig gegeben habe, macht es sich zum Champion deutscher Einheit... Das heisst, einem Menschen persönliche Unversehrtheit versprechen, nachdem man ihm beide Beine amputiert hat".

Das Blatt sieht über die grossen Fehler der Westmächte seit Yalta und Potsdam nicht hinweg, verlangt auf der anderen Seite aber, dass Russland nicht vorher an seiner internationalen Ruhrkontrolle teilhaben solle, als bis auch Schlesien in diese Kontrolle einbezogen wird. Klar heisst es in dem viel beachteten und eigentlich ersten rückhaltlosen Artikel, dass Russland die "Einheit Deutschlands" als eine Einheit gegen den Westwunscho. Dass aber nach vielen Diskussionen und Verhandlungen wenigstens für Westdeutschland ein Ersatz für Potsdam gefunden zu sein scheint, wird im Introssee Europas begrüsst. Wenn schon eine unabhängige Einheit Deutschlands, d.h. ein Gleichgewicht zwischen Osten und Westen zur Zeit nicht möglich sei, so müsse man doch in der Verhinderung einer weiteren Verschlechterung des gestörten europäischen Gleichgewichts einen erheblichen Fortschritt erblicken. (b/AA 112/127/L/ke)

- - - - -

### Der notwendige Flüchtlingsaustausch

sp. Der Wegfall des Finanzausgleichs hat die einzelnen Länder vor eine völlig neue Situation gestellt. So manches Problem, das bisher durch Improvisationen immer wieder ungelöst blieb, erhält nun einen Aspekt, der das bisherige "Fortwursteln" verbietet. Dazu gehört auch die Flüchtlingsfrage, die ohnedies durch den Lastenausgleich in ein schärferes Licht als bisher tritt. Mit dem Lastenausgleich ist aber nur ein Ausschnitt aus diesem Kardinalproblem berührt. Als ebenso dringend, ja geradezu als Voraussetzung für die Durchführung des Lastenausgleichs, muss der sog. Flüchtlingsaustausch betrachtet werden. Nichts konnte die Dringlichkeit dieser Frage deutlicher demonstrieren als die kürzliche Budget-Rede des niedersächsischen Finanzministers als des Ministers eines Landes, das am schwersten von allen Ländern der Bizone - Schleswig-Holstein ausgenommen - mit den Sorgen des Flüchtlingsproblems belastet ist.

Ein Blick auf die Bevölkerungsstruktur zeigt hinsichtlich der einzelnen Länder ein Gefälle von Ost nach West. Er leart, dass in Schleswig-Holstein auf 100 Ortsansässige 60, in Niedersachsen 43,6, in Bayern 29 Flüchtlinge entfallen. Je weiter nach Westen, umso kleiner werden diese Relationen, bis in der französischen Zone sich mit 1,2 ein geradezu friedenemässiges Bild darbietet. Das Unglück will es nun, dass ausgerechnet die Länder, die am stärksten mit Flüchtlingen belegt sind, gleichzeitig die niedrigsten Steueraufkürten haben. Auf einen Niedersachsen entfielen beispielsweise 1947 22,7 RM. Aufwand für Flüchtlingsfürsorge, auf einen Bewohner der Bizone dagegen 15,68 RM.

Die Bestrebungen, diese meist durch Zufall entstandenen Missverhältnisse zu beseitigen, sind so alt wie das Flüchtlingsproblem selbst. Aber bisher ist es den weniger betroffenen Ländern gelungen, sich dem Flüchtlingsaustausch mit Erfolg zu entziehen. Was hier und da durch die Maschen des berüchtigten Zuzugsystems schlüpfte, fällt nicht ins Gewicht. Mit dem Wegfall der zonalen Finanzausgleiche hat aber die Stunde geschlagen, die ein weiteres Aufschieben dieses Problems ausschliesst und mit der bevorstehenden Neuordnung, die eine Schaffung der Trizone im Gefolge haben soll, ist zugleich auch die Chance gekommen, den Flüchtlingsaustausch eine endgültige und weniger harte Note zu geben. (m/2/147/1/ha)

### Die strafbaren kapitalistischen Röcke

sp. Die in Berlin bei der sowjetischen Militärregierung beschäftigten Russinnen wurden darauf hingewiesen, dass es strafbar sei, die Röcke ihrer Uniformen oder Zivilkleider auf "kapitalistische Längen" zu verlängern. (Newsweek)

"Bestärkt die demokratischen Kräfte in Berlin!"

sp. Die Amerikanische Vereinigung für ein Demokratisches Deutschland die vor Monaten bereits wiederholt das Staatsdepartement auf die Gefahr hingewiesen hat, die den demokratisch gesinnten Berlinern droht, hat durch ihren Vorsitzenden Alfred Bingham ein Telegramm an Präsident Truman gerichtet, in dem er dringend um die Zusicherung an die demokratischen Kräfte in Deutschland gebeten wird, dass die USA unter allen Umständen in Berlin verbleiben und dass die Versorgung der Bevölkerung aufrecht erhalten wird. Dieses Telegramm trägt ausserdem die Unterschrift Murray Barons, des Vorsitzenden der Liberalen Partei in New York, August Claessens, des Sekretärs der Social Democratic Federation und Liston Oaks, des Hauptschriftleiters des "New Leader".  
(s/323/147/2/he)

- - - - -  
Die richtige Antwort

sp. Durch den Tod des Landtagsabgeordneten Meyer-Bülkau ist eine Ersatzwahl in Niedersachsen erforderlich geworden. Sie wurde auf den 15. August festgesetzt. Am 26. Juni richtete die Kreisleitung der KPD, Kreis Land Hadeln, an den Kreisvorstand der SPD in Altenbruch ein Schreiben, das mit der Anrede "Werte Freunde" begann und mit einem "sozialistischen Gruss" endete. Den Inhalt des Briefes aber bildete die Aufforderung, einen gemeinsamen Wahlblock zu bilden und einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen.

Als Antwort auf dieses Schreiben der KPD sandte der Kreisverein Land Hadeln, Otterndorf, eine Sympathiekundgebung zugunsten der im schärfsten Kampf um Freiheit und Lebensrecht stehenden Männer, Frauen und Kinder Berlins und fügte in einem Begleitschreiben die zwei Sätze an: "Wir erklären dazu, dass wir unsere Freiheit zu erhalten wissen und keinerlei Ursache haben, mit Ihnen weitere Gespräche zu führen. Wer überzeugter Demokrat und Sozialist ist, kann sich nur zu uns bekennen." Und darunter stand kurz und bündig "Freiheit!" Die KPD hat seitdem nichts mehr von sich hören lassen. Sie wisse warum.  
(s/323/147/1/ko)

- - - - -  
SEB-Funktionäre als Kominformspitzel nach Südamerika

sp. Die SEB ist mit Eifer und unentwegt bemüht, kommunistisches Gekankengut mit Aussicht auf möglichst wirksame Verwertung zu exportieren. Dafür gibt es verschiedene Wege. Dies ist einer davon:

Während des letzten Krieges wurden 800 deutsche Kaufleute aus Guatemala ausgewiesen und zum grössten Teil über Schweden nach Deutschland zurückgeführt. Die Ansiedlung erfolgte in Einvernehmen mit der USA-Regierung über ein Lager in Texas. Die letzten Überführungen nach Deutschland wurden kurz nach Kriegsende im Sommer 1945 durchgeführt. Die meisten dieser Kaufleute waren seit zwanzig Jahren und länger

14. Juli 1948

in Amerika ansässig. Geschäftsleute und Organisationen in Guatemala entschlossen sich, 700 der Ausgesiedelten zurück-zuholen. Allein die Jugendorganisationen des Landes stellten dafür einen Betrag von 150.000 Dollar zur Verfügung. Ein ehemaliger Diplomat dieses Landes errichtete in Paris die entsprechende Verbindungsstelle, über die der Rücktransport der Deutschen illegal vorgenommen werden sollte. Auch in zwei westdeutschen Großstädten wurden Legationen stationiert, die für die Ausstellung der nötigen, aber zweifellos gefälschten Papiere und Barmittel für die Rückwanderung sorgten. Im Frühjahr 1947 war die Aktion in vollen Gange. Dabei wurde in Paris auffallend großzügig mit der Weiterleitung von Personen nach Südamerika verfahren. Wer es verstand, in Deutschland Dollars zu kaufen, wurde von den Beauftragten aus Guatemala in Paris ebenso bevorzugt behandelt, wie die auf der Liste namentlich erfassten deutschen Rückwanderer. Sie erhielten in Paris das Visum mit dem roten Kontrollstempel, der die Auswanderungsgenehmigung bestätigt und wurden mit Schiffen abtransportiert, die in Kuba anlegten. Mindestens drei kommunistische Funktionäre der Ostzone, davon eine Frau, die SED-Funktionärin in Wismar war, sind auf diesem Wege nach Brasilien gelangt, denn sie wurden bei den letzten kommunistischen Unruhen verhaftet und identifiziert. (n/31/147/-/he)

#### Labour-Party zieht um

sp. Vom englischen Gewerkschaftsverband und der Labour Party wurde ein Wettbewerb für den Bau eines neuen, gemeinsamen Verwaltungsgebäudes ausgeschrieben, das im Zentrum Londons, und zwar in der Great Russell Street errichtet werden und den Namen Bloomsbury House tragen soll. Dem ersten Preisträger des Wettbewerbs, dessen Ergebnis am 17. Juli bekanntgegeben wird, winken zweitausend Pfund als Gewinnprämie. Nach der Errichtung des Neubaus, in dem auch besondere Hörsäle für das Schulungs-College des TUC vorgesehen sind, wird das Transport House, in dem sich bisher die Leitung der Labour Party und des englischen Gewerkschaftsverbandes befanden, ganz der Transport and General Worker Union zur Verfügung stehen, die die größte Gewerkschaft der Welt darstellt. (n/323/1/147/no)

Verantwortlich: Peter Raunau